

**Evaluierung der Stiftungstätigkeit
2013-2016
im Programm
„Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien“
*Kurzbericht***

Durchführung der Evaluierung Oktober 2016

Dr. Sabine Willenberg

15. Dezember 2016

Dr. Sabine Willenberg – odgovor, freie Gutachterin

Kontakt: sabinewillenberg@odgovor.de

geb. 1977, absolvierte in Leipzig ihr Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Ost- und Südosteuropawissenschaften und promovierte 2011 zu den Außenbeziehungen im Dreieck Kroatien – Bosnien und Herzegowina – Serbien an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seitdem ist sie als Politikberaterin, Analystin und Gutachterin mit den Schwerpunkten Partizipation, interkultureller Dialog und Nachhaltigkeit tätig, seit 2016 unter dem Namen odgovor – verantwortung managen.

Berät, lehrt, evaluiert, moderiert, publiziert. Regelmäßige Analysen und Publikationen u.a. zu Themen der Transformation und Außenpolitik im westlichen Balkan. Mit Unternehmen und Organisationen erarbeitet sie Konzepte für Verantwortungs- und Beteiligungsstrategien und evaluiert privat und öffentlich finanzierte Projekte. Lehre an der Universität Leipzig zu Demokratisierungs- und Europäisierungsprozessen im postjugoslawischen Raum. Diverse Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien. Überzeugte Macherin in der Städtepartnerschaft Leipzig-Travnik. Schulungspartnerin für die Richtlinie VDI 7001 „Öffentlichkeitsbeteiligung“ und für den Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

Bosnien-Herzegowina (BiH), Mazedonien und Albanien sind mit diversen, teils manifesten und verschleppten Herausforderungen der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation befasst. In den jugoslawischen Nachfolgestaaten Mazedonien und besonders Bosnien-Herzegowina mit seiner zerklüfteten, überkomplexen und labilen Staatsstruktur bleiben gleichzeitig Nachwirkungen der staatlichen Transformation markant. Die so persistenten Identitäts- und Legitimationsdefizite hemmen die notwendigen Reformprozesse und verlangsamen weiter den EU-Integrationsprozess. Bereits seit 1999 engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) mit einem Büro in Sarajevo, um Demokratisierung und Europäisierung voranzutreiben und auf diesem Wege Diskriminierung ab- und erhöhtes Umweltbewusstsein aufzubauen. Seit 2015 umfasst das Programm neben BiH auch Mazedonien und Albanien.

Der Fokus der Evaluierung für die Jahre 2013 bis 2016 (Mitte) lag auf BiH. Die in diesem Land seit Jahren verkrusteten Strukturen und scheinbar unauflösbaren Dilemmata, die sich trotz deutsch-britischer Reforminitiative mittelfristig nicht lösen werden, sind Fokus, aber auch Hemmschuh für die Arbeit der hbs. Ihr Ansatz, innerhalb dieses Rahmens dennoch Demokratisierung zu bewirken, ist deshalb zweigleisig: (1) Zum einen setzt sie auf hartnäckige Lobbyarbeit insbesondere für ein konsequentes und kohärentes EU-Engagement. Nicht zuletzt geht es um die Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit der EU-Beitrittsperspektive. Denn die in BiH noch vorhandene Zustimmung zur EU gilt es unbedingt aufrechtzuerhalten: Sie ist derzeit der einzige gemeinsame Nenner der sonst weiter auseinandertriftenden Gesellschaft. (2) Zum anderen zielt die hbs darauf, Bürger/innen, besonders sonst wirtschaftlich und sozial marginalisierte Gruppen und Zivilgesellschaft zu Partizipation und Wahrnehmung ihrer Interessen zu befähigen. Mit einem kompetenten Regulativ soll so Druck auf die Reformwilligkeit nationaler, europäischer und internationaler Politik bewirkt werden. Die hbs setzt dazu auf die Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Indem sie dort keimende Ansätze ihrer Projektpartner/innen im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ und assistierenden capacity-buildings unterstützt, soll ein effektiver und effizienter Ressourceneinsatz ermöglicht und langfristig mit den lokalen Strukturen vereinbare, selbsttragende Systeme geschaffen werden.

Die Themen Demokratie & Menschenrechte sowie Ökologie & Nachhaltigkeit, die Komponenten des hbs-Programms, stehen dabei in direktem Verhältnis: Nachhaltige Entwicklungen bedürfen eines fundierten demokratischen Mitbestimmungswillens und individuell bewusster Verantwortlichkeit. Da gerade Umweltschutz in Transformationsstaaten ein marginalisiertes Thema ist, führen oft nur bürgerschaftliche Initiativen, die partizipative Verfahren kennen und nutzen müssen, zu Entwicklungen. Gleichzeitig ist Ökologie ein „Erprobungsort“: Dort „gelernte“ Partizipation und Verantwortungsübernahme stärkt direkt zivilgesellschaftliche Strukturen und individuelle bürgerschaftliche Mündigkeit, die sich auch auf anderen Themen übertragen lässt.

Oberziele = Fernziele mit Vision, Programmziele mit Substanz und Realismus

	Komponente A Demokratie & Menschenrechte	Komponente B Ökologie & Nachhaltigkeit
Oberziel	Durch eine verstärkte Partizipation der Bürger/innen im politischen Prozess sind demokratische und rechtsstaatliche Reformprozesse gestärkt. Damit sind die Voraussetzungen für die Fortsetzung des EU-Integrationsprozesses BiHs geschaffen.	Bürger/innen und gesellschaftliche Gruppierungen erhalten Zugang zu umweltpolitischen Entscheidungsprozessen und nehmen ihre Rolle der Einflussnahme und Mitgestaltung aktiv wahr.
Programmziele	<ul style="list-style-type: none"> „Rechtssicherheit stärken“ „Stärkung gesellschaftlicher Akteur/innen für politisches Mitbestimmen“ „Begleitung und Mitgestaltung des EU-Integrationsprozesses durch zivilgesellschaftliche Akteur/innen“ (Monitoring) 	<ul style="list-style-type: none"> „Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur/innen an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen“ „Erarbeitung einer Energiepolitik im Einklang mit den Zielen der europäischen Klimapolitik“ „Entwicklungsszenarien für eine klimaschonende ökologische Landwirtschaft“

Für Förderperiode 2015-2017 hat die hbs die *Oberziele* der vorausgegangenen Förderperiode weiterentwickelt: Zuvor bereits langsam erschlossene Zugänge für Mitbestimmung der Zivilgesellschaft in demokratischen und rechtsstaatlichen sowie umwelt- und energiepolitischen

Entscheidungs- und Reformprozessen sollen demnach durch das kompetente Engagement der Projektpartner/innen nun intensiv genutzt, weitere ausgebaut werden. Berechtigt sind diese Oberziele weiterhin als Fernziele formuliert. Sie zu erreichen, wird weitere Zeit benötigen, so dass sie auch für die nächste Förderperiode fortgeschrieben werden sollten. Mit den *Programmzielen*, die auf die Oberziele einzahlen, hat die hbs die Themen adressiert, die die gesellschaftspolitischen Kernprobleme BiHs betreffen und damit hoch relevant sind: Korruptionsbekämpfung, Rechtssicherheit diskriminierter Gruppen (insbes. für LGBT Personen, Frauen, ethnischer Minderheiten), EU-Monitoring, Commons und Bürgerbeteiligung, Energiepolitik entlang europäischer Klimapolitik, ökologische Landwirtschaft. Die Programmziele und Indikatoren wurden dabei realistisch genug definiert, um sie bis zum Ende der Förderperiode 2017 zu erreichen.

Förderung der Zivilgesellschaft: Effektiver Demokratisierungsansatz oder „Kampf gegen Windmühlen“ mit kontraproduktiven Effekten?

Die hbs ist weiterhin eine der wenigen Organisationen, die in zwei Komponenten Demokratie & Menschenrechte und Ökologie & Nachhaltigkeit verschiedene Formen des Engagements von Bürger/innen unterstützt und ihre organisatorische Entwicklung fördert. Durch ihre über die Jahre gewachsene Verankerung in Sarajevo und die guten politischen Kontakte in Deutschland und der EU kommt der hbs eine Schlüsselfunktion als Vermittlerin zwischen diesen Ebenen zu.

Der Ansatz der hbs, zivilgesellschaftliche Initiativen zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu befähigen und darüber Druck auf die Politikentscheider auszuüben, mag bisweilen als „Kampf gegen Windmühlen“ erscheinen: Er stößt im spezifisch bosnisch-herzegowinischen System an die Grenze der verkrusteten Staatsstruktur und die massive Blockade von Beteiligung durch die vom ethno-national-klientelistischen System profitierenden Regierenden. Zusätzlich steht die Zivilgesellschaft in BiH durch ihre Angewiesenheit auf externe Finanzierung in Verdacht, ausschließlich in einem selbst-referentiellen System, abgekoppelt von der (Wahl)Bevölkerung zu agieren und externe Politikmodelle zu reproduzieren, die keine Anschlussfähigkeit an die nationalen Strukturen und Bedürfnisse haben.

Freilich kann die hbs diese grundsätzlichen Dilemmata nicht komplett auflösen. Mit ihrer speziellen Arbeitsweise, in der sie wenig als Sponsor mit vorgegebenen Projektrahmen agiert, sondern mehr als Partner Themen zusammen mit den NGOs (weiter)entwickelt, gelingt es der hbs aber immerhin – besser als manch anderen „top-Down-Demokratisierern“ – konkret anschließend an die Bedarfe Wirksamkeit zu entfalten und Mechanismen zur Einflussnahme auf das gesellschaftliche und politische System zu erschließen. Themen, die sie sensibel erschlossen hat (LGBTI, EU-Monitoring, Commons), entwickelt sie nicht nur sinnvoll und in Zusammenarbeit mit den Partner/innen weiter, sie bleibt ihnen auch „treu“ und bildet sich selbst damit fort – eine Kompetenz, für die sie auch professionalisierte, in ihren Budgets weniger auf die hbs angewiesene Projektpartner/innen zu schätzen wissen. Ihr Alleinstellungsmerkmal ist ihre Neugier, Flexibilität, ihr Verständnis, Entwicklungen als Prozesse zu begreifen und wechselseitigen Wissenstransfer zu betreiben, die Bereitschaft, sich auf Modellprojekte einzulassen – und notfalls aus „Scheitern“ zu lernen. Mit den Projekten vorrangig auf der lokalen Ebene anzusetzen, ermöglicht im bosnisch-herzegowinischen System zudem am ehesten die Schaffung/Stärkung von alternativen Politikzugängen und Identitäten (lokal, regional) abseits der zentralen ethno-nationalen Selbst- und Fremdzuordnung und darüber die Entwicklung eines Bürgerbewusstseins, das in BiH sonst durch die ethno-nationalen Identitäten und Interessen gedeckelt wird. Nicht nur durch die Themen, die sie adressiert, sondern durch eben diesen Ansatz hat ihre Arbeit in BiH insgesamt hohe Relevanz. Trotz der - angesichts der persistenten Rahmenbedingungen - oft nur langsamen Erfolge, ist der hbs deswegen anzuraten, an ihrem Ansatz festzuhalten.

Zivilgesellschaft befähigen, Koalitionsbildung vorantreiben, Sensibilität für regionale Bedingungen bewahren

Wie die Bildungsangebote zur Befähigung zivilgesellschaftlicher Organisationen zur politischen Teilhabe sollte auch die diverse Partner/innenstruktur beibehalten werden: Sie zeichnet sich durch

die Mischung aus größeren, professionalisierten NGOs, die die politische Einflussnahme bereits beherrschen, und kleineren zivilgesellschaftlichen Akteure aus, die teils mit unkonventionelleren Methoden oder vermeintlich geringerer politischer Schlagkraft, dafür äußerster Beharrlichkeit in ihrem jeweiligen Umfeld für ihre Ziele arbeiten und dort lokalen Zugänge erschließen können. Oft würden diese keine anderweitige Unterstützung erfahren. Bislang gelingt der hbs dabei die Gratwanderung zwischen forcierter Weiterentwicklung der Projektpartner/innen einerseits und Erhalt des gegenseitigen Vertrauens und Sensibilität für die behandelten Themen und lokalen Umstände andererseits. Die richtige Balance zwischen beidem, die die Arbeit der hbs in hohem Maße auszeichnet und von vielen anderen Akteuren abhebt, gilt es auch künftig zu bewahren. Kernbestandteil der hbs-Arbeit ist ebenso, diese zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie Aktivist/innen in Koalitionen zu gemeinsamen Themen zusammenzuführen. Auch wenn dies mitunter zeitaufwändig und mühselig ist, sollte auch dieser Ansatz beibehalten werden.

Diversität beibehalten, Komplexität reduzieren, mit Oberthemen fokussieren

Die Anzahl der Projekte, die vom hbs Büro Sarajevo initiiert und unterstützt werden, sowie ihre Substanz und Diversität sind beeindruckend. Diese Vielfalt der Themen, Projekte und Projektpartner/innen (PP) ist das Potenzial der hbs, das es zu grundsätzlich zu erhalten gilt. Sie geht jedoch mit einer enormen Arbeitsbelastung für das Büro sowie in der Außenwahrnehmung einer Unübersichtlichkeit einher. Für externe Stakeholder bleibt der rote Faden der strategischen Ausrichtung, an den die diversen Einzelprojekte gekoppelt sind, bisweilen unsichtbar. Die neue in Anfängen umgesetzte Kommunikationsstrategie konnte dies noch nicht vollständig kompensieren. Um den roten Faden der Zielorientierung nach innen und außen sichtbarer zu machen und bestenfalls gleichzeitig den überbordenden bürokratischen Aufwand für die diversen Kleinprojekte einzudämmen, überlegt die hbs Sarajevo derzeit eine noch stärkere Clusterung der Themen und Projektpartner/innen. Dies verspricht auch, Synergieeffekte noch stärker generieren und nutzen zu können, indem größere und kleinere Projektpartner/innen voneinander profitieren. Eine dezidierte Hierarchisierung der Projektpartner/innen sollte jedoch nicht um den Preis erfolgen, den direkten Kontakt zu Projektpartner/innen zu verlieren oder zusätzlichen Druck auf einzelne zu erzeugen.

Rechtssicherheit stärken, Verfassungsdebatte wiederentdecken

Das Thema der Rechte diskriminierter Gruppen wird in BiH auf absehbare Zeit virulent bleiben. Für die Gruppe der Frauen und LGBT Personen wurde mit dem Fokus „Rechtssicherheit stärken“ eine sinnvolle Fokussierung gefunden. Für die Entscheidung, ob dieser Schwerpunkt in dieser Art fortgesetzt werden soll, sollte genau geprüft werden, welche Rechtsbereiche sich anbieten, um in Art der Studien-, Lobby- und Schulungsarbeit weiter elaboriert zu werden. Jedenfalls wird das Thema der verfassungsmäßigen Diskriminierung „Anderer“ ein großes bleiben, das die hbs durchaus noch stärker in den Fokus nehmen sollte. Das heißt letztlich: Die Verfassungsdebatte trotz und gerade wegen der EU-Reformagenda wieder anzufeuern, damit die menschenrechtsverletzende Wirkung der Dayton-Verfassung darunter nicht dauerhaft verdeckt wird.

EU-Integration beobachten, europäische Werte debattieren

Die shadow-reports, die die hbs zum Monitoring des EU-Integrationsprozesses unterstützt, haben sich als geeignetes Instrument erwiesen, direkt Einfluss auf EU-Diskurs und -Politik zu nehmen. Eine Initiative aus diversen NGOs hat damit zudem gezeigt, welche Schlagkraft derart gebündelte Kompetenzen entfalten können. Die shadow-reports sollten mit Unterstützung der hbs fortgesetzt werden. Das Programmziel könnte um einen weiteren Blickwinkel auf den EU-Integrationsprozess ergänzt werden, die die europäische Wertediskussion z. B. unter dem Fokus Migration, „Was kann die EU von BiH lernen?“ oder auch der regionalen Außenbeziehungen BiHs wiederaufnimmt.

Ökologie & Nachhaltigkeit auf Commons und alternative Wirtschaftsmodelle zuspitzen, Klimaprogramminhalte integrieren

Die Commons bieten eine ideale Möglichkeit, ökologische Themen mit politischem Gewicht zu versetzen und dabei Bildungsarbeit insofern zu leisten, als sie für Bürger/innen durch die direkte

Betroffenheit Handlungsmöglichkeiten im rechtsstaatlichen demokratischen System erlebbar machen und gleichzeitig ökologische Inhalte transportieren. Sie sollten daher zum Schwerpunkt in Komponente B, ggf. Komponentenübergreifend ausgebaut werden.

Die Themen des Programms „Klima“ sollten nach dessen Auslaufen in das Programm der hbs integriert werden. Insbesondere die Arbeit mit Kommunen zu deren Sensibilisierung für lokalpolitische Handlungsräume im Blick auf die effiziente Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie entsprechende Wirtschaftsmodelle verspricht großes Potenzial und ist als Thema zudem direkt anschlussfähig an die anderen hbs-Programminhalte.

Fehlendes Parteipendant als Chance nutzen, „grüne Bewegung“ nicht erzwingen

Das Fehlen eines „natürlichen“ Parteipartners der hbs in BiH beschränkt die direkten politischen Einflussmöglichkeiten, eröffnet und erhält aber gleichzeitig die Möglichkeiten zu Partnerschaften mit anderen Akteuren, hier der Zivilgesellschaft, die gerade die Unparteilichkeit der hbs schätzen, und garantiert damit die spezifische Arbeits- und Wirkungsweise der hbs.

Die neue Suche nach dem Parteienpendant hat einerseits die bei den Lokalwahlen im Oktober 2016 gewählten unabhängigen Vertreter/innen in den Blick genommen. Sie scheinen jedoch zu wenig gemeinsame und „grüne“ Ziele und Werte zu haben, als dass sie bzw. eine Koalition aus ihnen für die hbs als politischer Partner empfehlenswert wäre. Eine freilich viel konsistentere gemeinsame Wertebasis böte eine Allianz, eine „grüne Bewegung“ aus diversen hbs-Projektpartner/innen. Die Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Bündnis90/Grünen, die das hbs Büro ihren Projektpartner/innen aktuell näherbringt, kann perspektivisch auch Initial für Formierungsbestrebungen einer grünen Bewegung in BiH sein. Jedoch sollten diese nicht stärker als bislang forciert werden. Gerade eine solche Bewegung muss von innen heraus entstehen, um sich authentisch und nachhaltig entwickeln zu können.

„Grün“ verständlicher machen

Die Aktivitäten zur Erklärung der grünen Entstehungsgeschichte sowie eine engere und klarere Verknüpfung der Komponenten A und B in der Außendarstellung könnten daneben auch ein guter Ansatzpunkt sein, das Verständnis von „grün“ auch bei anderen Stakeholdergruppen in der westlichen Balkanregion zu verbessern. Noch immer wird „grün“ dort bei vielen „nur“ mit „ökologisch“ assoziiert, sonst keiner weiteren einschlägigen politischen Wertekonstruktion („In BiH kannst Du Umweltschützer und Nationalist gleichzeitig sein.“).

Institutionelles Lernen fokussieren

Die Gender-orientierte Projektplanung (GOPP) hat sich grundsätzlich bewährt, um institutionelles Lernen zu gewährleisten. Aufgrund ihrer hohen Komplexität und in einem Büro mit einem derart hohen Projektaufkommen ist der dafür anfallende Zeit- und Arbeitsaufwand allerdings enorm. Um die Möglichkeiten der GOPP auszuschöpfen und parallel zur Wirkungskontrolle in der strategischen und Projekt-Arbeit eingesetzt werden zu können, ist eine noch stärkere Zuspitzung der Ziele und Fokussierung der Indikatoren sowie bei Bedarf ihrer Anpassung sinnvoll.

Regionale Arbeit regional denken

Mit der Erweiterung der Länderzuständigkeit des Büros Sarajevo auf Mazedonien und Albanien wurde der hbs Sarajevo automatisch ein regionaler Ansatz zugeschrieben. Bei der Entwicklung der neuen Projekte in Mazedonien und Albanien denkt das Büro Sarajevo von Beginn an in „regionaler Perspektive“, d.h. bringt bestehende Projektpartner/innen in BiH mit neuen in den beiden Ländern zusammen, die gemeinsam Projektideen weiterentwickeln. Dieser Ansatz sollte, um die größtmöglichen Synergieeffekte zu erzielen, unbedingt beibehalten werden. Um die Arbeit sicherzustellen, die hier auch die Überbrückung von Sprachbarrieren, großen geographischen Entfernungen wie auch der unterschiedlichen länderspezifischen Rahmenbedingungen leisten muss, muss das Programm insbesondere mit ausreichend Infrastrukturmitteln ausgestattet sein.

Realistische Erwartungen an Arbeit in Mazedonien und Albanien formulieren

Das vom Büro Sarajevo in Mazedonien und Albanien praktizierte langsame Herantasten an Themen (mittels Studien) und die sorgfältige Sondierung von Projektpartner/innen sollte beibehalten werden. Erst auf Basis dessen wird es möglich sein, konkrete Ziele und Indikatoren für die weitere Arbeit zu formulieren. Diese müssen berücksichtigen, dass eine Arbeitsweise, wie die in Sarajevo mit dem über Jahre hinweg ausgebauten Netzwerk und der durch die Präsenz vor Ort ermöglichten Vertraulichkeit und Kompetenz in Albanien und Mazedonien so nicht möglich sein wird. Wenige verlässliche Partner mit begrenzten Projekten sollten hier der Anspruch sein.

Kooperation und Partnerschaften mit Büro Belgrad ausbauen, Erfahrungsaustausch für Programmausrichtung nutzen

Der Austausch mit dem Büro Belgrad bietet diverse Potenziale, die künftig stärker genutzt werden sollten. Die Rahmenbedingungen unterscheiden sich freilich in Teilbereichen, die Herausforderungen sind aber doch vergleichbar – insbesondere zwischen BiH und Serbien wie auch BiH und Kosovo. Synergieeffekte für die hbs-Arbeit beider Büros sind damit möglich. Zudem kann eine verstärkte Kooperation dazu beitragen, das durch die nachlassende Unterstützung südosteuropäischer regionaler Kooperationsfor(m)en produzierte Vakuum zu kompensieren. Die Themenauswahl für die kommende Förderperiode sollte die Erfahrungen mit dort bearbeiteten Themen berücksichtigen (u.a. Frauenempowerment & soziale Ökonomie). Gerade die Parallelen zwischen BiH und Kosovo könnten Erkenntnisse für die Neuausrichtung der Projekte bieten (z.B. Projekt der Agrargenossenschaften im Kosovo). Ebenso sollte der Erfahrungsaustausch ähnlich ausgerichteter Projektpartner/innen der beiden Büros weiter auf- und ausgebaut werden. Die vom Büro Sarajevo im Juni 2016 in Banja Luka organisierte Konferenz „CommOns!“ zeigte, welches Potenzial im länderübergreifenden Austausch zu bestimmten Themen liegt. Das Thema Commons ist, da es in beiden Büros und potenziell auch komponentenübergreifend bearbeitet wird, prädestiniert, um als Fortsetzungskonferenz sowie im bilateralem Austausch zwischen Projektpartner/innen beider Büros als regionales Projekt weiter ausgebaut zu werden. Die vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten bieten zwar Flexibilität für solche grenz/Büro/Zuwendungsgeber-überschreitenden Projekte, wenn die Büros sich auf eine Verwendung dafür verständigen. Explizit für regionale Projekte ausgewiesene (zusätzliche) Mittel könnten die Entwicklung solcher Projekte jedoch forcieren.

„Dayton-Dreieck“ im Blick behalten

Das „Dayton-Dreieck“ BiH – Serbien - Kroatien sollte wieder stärker in den Fokus der internationalen Arbeit rücken. Die zentrifugalen Tendenzen in BiH sind ohne die Nachbarstaaten letztlich nicht zu unterbinden. Um den eingeschlafenen regionalen Aussöhnungsdialog wiederbeleben und den rhetorischen Abgrenzungs- und Einmischungs-Gebärden der politischen Eliten der drei Nachbarn gesellschaftlichen Druck entgegenzusetzen, ist der zivilgesellschaftlich orientierte Ansatz der hbs gut geeignet.

Perspektivisch Länderzuordnung überdenken

Die Zuordnung der Länderzuständigkeiten zu den Büros Sarajevo (BiH, Mazedonien, Albanien) und Belgrad (Serbien, Kosovo, Montenegro) ist aus der Historie verständlich, für die Arbeit der hbs und ihre Ziele allerdings nicht durchgehend logisch und förderlich. Die Ähnlichkeiten der Herausforderungen – und damit das Potenzial für effektive und effiziente gemeinsame Betreuung und Projekte - erscheinen bspw. zwischen BiH und Serbien oder Kosovo größer als zwischen BiH und Albanien oder Mazedonien. Eine Diskussion um diese oder andere Konstellationen und Abwägung von Nutzen und Kosten scheint perspektivisch angebracht.